

Kinderrechte im Parlament – Vorschau auf die Sommersession 2019

Im **Nationalrat** werden in dieser Session verschiedene kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt. Besonders hervorzuheben sind drei bildungspolitische Vorstösse: Eine [Motion der WBK](#) will die soziale Selektivität verringern und beauftragt den Bundesrat, in seiner nächsten Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität (z. B. Stipendien, Weiterbildung, Grundkompetenzen, höhere Berufsbildung, Sprachförderung) vorzusehen. Auch ein [Postulat von Mathias Reynard](#) setzt sich mit Chancengerechtigkeit auseinander und will den Bundesrat beauftragen, in Zusammenarbeit mit den Kantonen den Einfluss der kantonalen Schulsysteme auf die Verringerung von Ungleichheiten zu evaluieren und bestehende Praktiken in den Kantonen aufzuzeigen, die eine Verringerung der Ungleichheiten im Bildungsbereich ermöglichen. Im [Bereich der frühen Förderung](#) schliesslich fordert die WBK vom Bundesrat, eine Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der Frühen Förderung von Kindern in der Schweiz zu erarbeiten.

Im Bereich der Migrationspolitik will die [parlamentarische Initiative Amstutz](#) den Familiennachzug von vorläufig Aufgenommenen befristet aussetzen. Damit würde Kindern von vorläufig aufgenommenen Personen ihr Recht verwehrt, in persönlichem Kontakt mit beiden Elternteilen aufzuwachsen.

Beide Räte beschäftigen sich mit Vorstössen zum Thema sexuelle Handlungen an Kindern. Im Nationalrat fordert die [parlamentarische Initiative von Natalie Rickli](#), die Altersgrenze für die Unverjährbarkeit sexueller Handlungen, die an Kindern begangen wurden, von 12 auf 16 Jahre anzuheben. In einem Postulat fordert Natalie Rickli zudem die [Aufarbeitung von Missbrauchsfällen](#) während der Sechziger- bis Achtzigerjahre im Lichte der Reformpädagogik. Im **Ständerat** verlangt die [parlamentarischen Initiative von Daniel Jositsch](#), Mindeststrafen für sexuelle Handlungen mit Kindern festzulegen, dabei jedoch zwischen Taten gegenüber Jugendlichen unter 16 Jahren und gegenüber Kindern unter 12 Jahren zu unterscheiden.

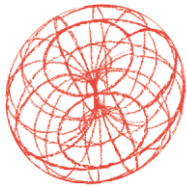
Der Ständerat beschäftigt sich zudem mit der [Standesinitiative des Kantons Genf zum Thema Administrativhaft für Kinder](#). Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer dahingehend zu ändern, dass die Administrativhaft für Minderjährige in der Schweiz verboten ist. Die Standesinitiative nimmt damit ein Anliegen auf, das vor Kurzem bereits vom Nationalrat verworfen wurde: In der Frühjahrsession lehnte der Nationalrat definitiv die [pa.lv. von Lisa Mazzone](#) ab, die dieselbe Änderung des Ausländergesetzes zur Abschaffung der Administrativhaft für minderjährige Migrantinnen und Migranten verlangte.

Aus kinderrechtlicher Sicht interessant ist zudem das [Postulat von Ruedi Noser](#), das sich mit dem Thema Ombudsstelle für Kinder auseinandersetzt. Der Interpellant verlangt vom Bundesrat unter anderem Auskunft zur Frage, ob die Einrichtung einer Ombudsstelle für Kinder im Rahmen der geplanten Änderung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts geprüft werden kann. Der Bundesrat hat zur Interpellation bereits Stellung genommen und ist der Ansicht, dass sich diese Vorlage nicht für die Einrichtung einer Ombudsstelle eignet.

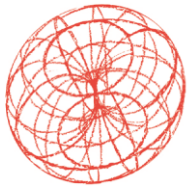
Schliesslich beschäftigt sich der Ständerat mit drei Vorstössen zum Vaterschaftsurlaub.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren. Sie sind unter folgenden Links ersichtlich:

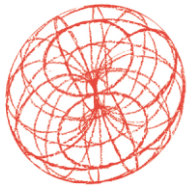
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



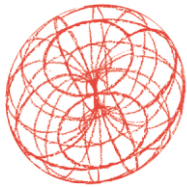
Datum	Nationalrat	Ständerat
03.06.2019	<p>Behandlung der parlamentarischen Initiativen der 1. Phase (Fortsetzung an den folgenden Daten: 4., 6., 11., 17., 18., 20. Juni):</p> <p><u>17.510</u> (Parlamentarische Initiative Rickli): Die Altersgrenze für die Unverjährbarkeit sexueller Straftaten auf 16 Jahre erhöhen. Mit der Gesetzesänderung will die Initiantin die Altersgrenze für die Unverjährbarkeit von Straftaten, die an Kindern begangen wurden, auf 16 Jahre erhöhen. Heute liegt diese bei 12 Jahren. Die nationalrätliche Kommission für Rechtsfragen beantragt, der Initiative keine Folge zu geben. Der Nationalrat behandelt die Initiative als Erstrat.</p> <p><u>17.513</u> (Parlamentarische Initiative Amstutz): Den Familiennachzug von vorläufig Aufgenommenen befristet stoppen. Mit der Initiative wird gefordert, dass der Familiennachzug von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen (Art. 85 Abs. 7 AuG) bis drei Jahre nach Inkrafttreten des "Moratoriums für Familiennachzug" ausgesetzt wird. Nach Ablauf der drei Jahre ist die Situation durch den Bundesrat neu zu beurteilen und dem Parlament Antrag zu stellen. Die staatspolitische Kommission des Nationalrats beantragt der Initiative keine Folge zu geben. Die Vorlage wird im Nationalrat als Erstrat behandelt.</p>	--



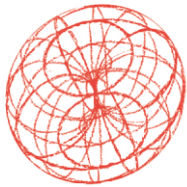
04.06.2019	--	<p><u>16.408</u> (Parlamentarische Initiative Jositsch): Mindeststrafen bei sexuellen Handlungen gegenüber Kindern unter 16 Jahren.</p> <p>Sexuelle Handlungen gegenüber Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren können gemäss Artikel 187 StGB relativ milde bestraft werden (bis zu Geldstrafe), wobei nicht unterschieden wird, welches Alter das Opfer hat. Verübt der Täter gleichzeitig ein anderes Sexualdelikt (z. B. Art. 189 oder 190), dann öffnet sich zwar der obere Strafrahmen (bis 15 Jahre), die Mindeststrafe bleibt aber unverändert. Der Vorstoss hat zum Ziel, erstens zwischen Taten gegenüber Jugendlichen unter 16 und gegenüber Kindern unter 12 Jahren zu unterscheiden, zweitens für Sexualhandlungen gegenüber Opfern dieser Altersgruppen Mindeststrafen vorzusehen. Beide Kommissionen für Rechtsfragen haben dem Vorstoss Folge gegeben.</p>
05.06.2019	<p><u>19.3417</u> (Postulat WBK-N): Strategie zur Stärkung der Frühen Förderung</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, eine Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der Frühen Förderung von Kindern in der Schweiz zu erarbeiten. Allerdings stellt sich die Frage, wie und wo das Engagement des Bundes nötig ist. So ist nicht klar, wo Defizite bestehen und welche ergänzenden Massnahmen der Bund ergreifen soll. Es stellen sich auch Fragen der Zuständigkeit und zur Abgrenzung gegenüber anderen Themenbereichen. Mit dem Postulat werden eine Auslegeordnung, in der Defizite benannt werden, sowie eine Strategie zur Verbesserung der Situation inklusive Finanzierung erwartet. Schliesslich ist aufzuzeigen, welche gesetzlichen Anpassungen hierfür notwendig sind.</p>	--



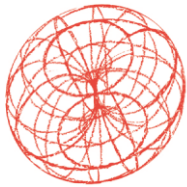
	<p>Parlamentarische Vorstösse des eidgenössischen Departements des Innern:</p> <p>18.4216 (Postulat Fehlmann Rielle): Zuckerhaltige Getränke und Adipositas. Es muss etwas getan werden! Die PostulantIn beauftragt den Bundesrat mit der Vorlage, gegenüber den HerstellerInnen zuckerhaltiger Getränke aktiv zu werden, damit sie den Zuckergehalt ihrer Produkte signifikant verringern (auf weniger als 5 Prozent), oder andere Massnahmen vorzulegen, die in der Lage sind, den Zuckergehalt dieser Produkte zu verringern. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.</p> <p>17.3281 (Postulat Rickli): Aufarbeitung des Falls Jürg Jegge und weiterer Missbrauchsfälle im Lichte der Reformpädagogik. Der Bundesrat wird aufgefordert, in einem Bericht den Fall Jürg Jegge und weitere Missbräuche von Pädokriminellen und entsprechende Vorfälle in Institutionen während der Sechziger- bis Achtzigerjahre im Lichte der Reformpädagogik aufzuarbeiten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.</p> <p>17.3323 (Motion Heim): Krankenkassenprämien. Eltern bleiben Schuldner der nichtbezahlten Prämien der Kinder. Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 64a des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) dahingehend zu ändern, dass die Eltern Schuldner der Prämie des gemäss GB, Artikel 277 Absätze 1 und 2, unterhaltsberechtigten Kindes sind und dies</p>	
--	--	--



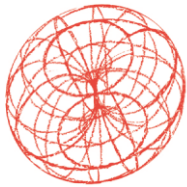
	<p>auch bleiben, wenn die Unterhaltspflicht weggefallen ist. Kinder sollen nicht nachträglich für unterlassene Prämienzahlungen der Eltern belangt werden können. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p> <p><u>17.3382</u> (Postulat Marti): Einführung des Jugendkultur-gutscheins. Demokratische Bildung und Kultur stärken. Der Bundesrat wird beauftragt, die Einführung eines schweizerischen Jugendkultur Gutscheins zu prüfen. Der Kulturgutschein wird jeder Einwohnerin und jedem Einwohner dieses Landes zum 16. Geburtstag geschenkt. Er berechtigt zum Bezug von kulturellen Leistungen im Gegenwert eines bestimmten Betrags. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.</p> <p><u>17.3553</u> (Postulat Von Siebenthal): Unzulässige Verschreibung von Neuroleptika an Kinder Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die Verschreibung von Antipsychose-Medikamenten (Neuroleptika) an Kinder als Off-Label-Anwendung zu untersagen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.</p>	
11.06.2019	<p><u>17.308</u> (Standesinitiative Kanton Neuenburg): Für ein Bundesgesetz über zuckerhaltige Produkte und für einen beschränkten Zugang zu Nahrungsmitteln mit hohem Energiegehalt. Die Bundesversammlung wird aufgefordert zu prüfen, ob es zweckmässig ist, ein Spezialgesetz zu zuckerhaltigen Produk-</p>	--



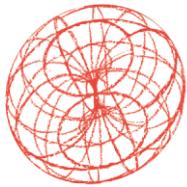
	<p>ten zu erlassen, und allfällige nützliche Gesetzesanpassungen vorzunehmen, um die Diabetes- und Fettleibigkeitsepidemie wirksamer bekämpfen und die dafür zur Verfügung stehenden Mittel aufstocken zu können.</p> <ul style="list-style-type: none">- Mit dem Gesetz soll eine Steuer auf den bei der Herstellung zugesetzten Zucker eingeführt werden.- Sämtliche Einnahmen aus dieser Steuer sollen zur Prävention der durch Zucker- und Süsstoffkonsum bedingten Erkrankungen verwendet werden.- Im Gesetz soll definiert werden, welche Berufsgruppen der Zuckersteuer unterliegen und welche davon befreit sind.- Die Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV) soll dahingehend geändert werden, dass sie für die Abgabe von Nahrungsmitteln mit hohem Energiegehalt und für die einschlägige Werbung Beschränkungen vorsieht. <p>Der Ständerat gab der Vorlage keine Folge.</p>	
--	--	--



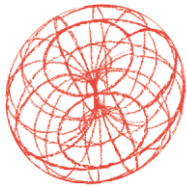
	<p>Parlamentarische Vorstösse des Büros:</p> <p><u>18.4252 (Postulat Feri):</u> Parlamentarische Arbeit auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik prüfen. Die Vorlage fordert das Büro aufzuzeigen, was für abweichende Varianten zum heutigen System möglich und sinnvoll wären um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Politik zu erleichtern. Der Bericht soll insbesondere den Fokus auf die Vereinbarkeit von Politik und den weiteren Beschäftigungen (Beruf, Betreuungsarbeit, Ausbildung, Nebenämter usw.) der Parlamentarierinnen und Parlamentarier legen. So, dass die Milizarbeit auch wirklich als solche gelebt werden kann. Das Büro beantragt die Annahme des Postulats.</p> <p><u>18.4370 (Postulat Kälin):</u> Ersatz für Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei Mutterschaft, Vaterschaft und längerer Krankheit. Das Büro wird gebeten, in einem Bericht mögliche Varianten für eine Stellvertreterlösung für Parlamentarierinnen und Parlamentarier während des Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaubs und bei längerer Krankheit zu erarbeiten. Insbesondere soll aufgezeigt werden,</p> <ol style="list-style-type: none">1. welche rechtlichen und verfassungsmässigen Anpassungen gemacht werden müssten für eine gewählte Stellvertreterlösung,2. für eine vorübergehende Delegation des Mandates oder ob3. auch pragmatische Lösungen ohne gesetzliche Anpassungen angeboten werden könnten. <p>Das Büro beantragt die Ablehnung der Vorlage.</p>	
--	---	--



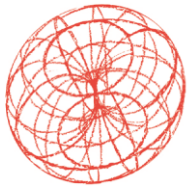
12.06.2019	<p>Parlamentarische Vorstösse des eidgenössischen Finanzdepartements:</p> <p><u>18.3103</u> (Postulat Masshardt): Kindergutschrift statt Kinderabzug bei den Steuern.</p> <p>Der Bundesrat wird gebeten, zu prüfen und in einem Bericht aufzuzeigen, wie unser heutiges System mit steuerlichen Abzugsmöglichkeiten (Kinderabzüge) durch ein Kindergutschrift-System ersetzt werden könnte. Ziel ist, dass jede Familie, unabhängig von Lebensform und Einkommen, für jedes Kind eine Gutschrift erhält. Im Gegenzug sollen die heute geltenden Kinderabzüge gestrichen werden. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.</p>	--
13.06.2019	<p>Parlamentarische Vorstösse des eidgenössischen Justiz und Polizeidepartements:</p> <p><u>17.3375</u> (Motion Regazzi): Pädophilen soll der Pass entzogen werden</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen, damit den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, die wegen Pädophilie verurteilt sind (insbesondere Art. 187 des Strafgesetzbuches), der Pass entzogen wird, um zu verhindern, dass sie ins Ausland reisen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p>	<p><u>18.050</u> (Geschäft des Bundesrates): Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten.</p> <p>Die Steuerabzüge für die familienergänzende Kinderbetreuung sollen erhöht werden. Bei der direkten Bundessteuer (DBST) sollen Eltern künftig die Kosten für die Kinderdrittbetreuung bis maximal 25'000 Franken pro Jahr und Kind vom Einkommen abziehen können. Heute liegt der Betrag bei 10'100 Franken. Im Vorentwurf wollte der Bundesrat zudem auch festlegen, dass die Kantone einen Abzug von mindestens 10'000 Franken bei den Kantonssteuern gewähren müssen. Dies wurde jedoch nach Kritik der Kantone im Rahmen der Vernehmlassung wieder aus der Vorlage gelöscht.</p> <p>Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats hat der Vorlage mit 11 zu 8 Stimmen bei 5 Ent-</p>



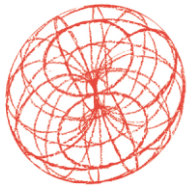
		haltungen zugestimmt. Die Vorlage steht im Zusammenhang mit der Fachkräfteinitiative und soll insbesondere die Erwerbsbeteiligung von Frauen fördern. Der Nationalrat hat das Geschäft bereits angenommen.
14.06.2019	<p>Parlamentarische Vorstösse des VBS:</p> <p>18.3846 (Postulat Lohr): Tägliche Sport- und Bewegungsaktivitäten im Kindes- und Jugendalter.</p> <p>Gemäss den Bewegungsempfehlungen der World Health Organization sollen sich Kinder und Jugendliche täglich mindestens eine Stunde mit mittlerer bis hoher Intensität bewegen. Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, inwiefern die Sportförderung in der Schweiz diese Zielsetzung erreicht. Dabei interessieren insbesondere die Antworten auf folgende Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Welche Massnahmen, Programme und Initiativen bestehen in der Schweiz, um die sportlichen Aktivitäten im Kindes- und Jugendalter zu fördern?2. Gibt es Bereiche und Zielgruppen, die im aktuellen System der Sportförderung zu wenig gut erreicht werden?3. Verfügen andere Länder über wirksame sportliche Fördermassnahmen, die auf die Schweiz übertragbar sind? <p>Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.</p>	--



19.06.2019	<p><u>17.3500</u> (Postulat Reynard): Chancengerechtigkeit. Welchen Einfluss hat das Schulsystem?</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen den Einfluss der kantonalen Schulsysteme auf die Verringerung von Ungleichheiten zu evaluieren, indem er sich auf die in den 26 Kantonen existierenden Praktiken stützt und jene Elemente bestimmt, die eine Verringerung der Ungleichheiten im Bildungsbereich ermöglichen. Dies könnte im Rahmen des Bildungsmonitorings geschehen, wobei der Schwerpunkt auf Längsschnitt- und Kohortenstudien zu legen wäre, die sich mit der Problematik der Chancengerechtigkeit ("Equity") in unserem Bildungssystem befassen. Solche Studien fehlen zurzeit noch.</p> <p>Der Bundesrat beantragt die Ablehnung dieses Postulats.</p>	--
20.06.2019	<p>Gemeinsame Behandlung der Geschäfte 19.3009, 19.3010</p> <p><u>19.3009</u> (Motion WBK-N): Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für ein Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich zu schaffen. Über eine Plattform sollen bereits entwickelte "Good Practices" im gesamten Bildungsraum Schweiz - insbesondere auch über die Sprachgrenzen hinweg - ausgetauscht und weiterverbreitet werden. Zu verbreiten sind neue technisch gestützte Bildungsformate, wie sie an den Hochschulen und insbesondere im neuen Lernzentrum (LEARN) der EPFL und an der ETH</p>	<p>Gemeinsame Behandlung der Geschäfte 18.441, 18.052, 18.444:</p> <p><u>18.441</u> (Parlamentarische Initiative SGK): Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative.</p> <p>Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reicht die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates folgende parlamentarische Initiative als indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative "für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie" mit folgenden Eckwerten ein:</p> <ul style="list-style-type: none">- Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen;- zu beziehen in den ersten sechs Monaten nach der Geburt des Kindes (tageweiser Bezug möglich);



	<p>Zürich entwickelt werden. Die Realisierung soll in engster Abstimmung auf die im Dezember 2018 lancierte Plattform "digitalinform.swiss" erfolgen.</p> <p><u>19.3010</u> (Motion WBK-N): Lancierung eines Digitalisierungs-Impulsprogramms für Eidgenössische und Kantonale Universitäten, Fachhochschulen, Berufsbildung und Weiterbildung.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen für ein zeitlich befristetes Impulsprogramm Digitalisierung zu schaffen, damit die in der "Strategie Digitale Schweiz" des Bundesrats für die Bereiche "Bildung, Forschung und Innovation" (BFI) formulierten Ziele erreicht werden können. Es ist dazu eine separate, von der BFI-Botschaft unabhängige Vorlage zu unterbreiten, welche die von den Eidgenössischen und Kantonalen Hochschulen, den Fachhochschulen, der Berufsbildung und der Weiterbildung zu erreichenden Ziele und die dazu seitens des Bundes befristet zur Verfügung zu stellenden finanziellen Mittel erwähnt.</p> <p><u>19.3418</u> (Motion WBK-N): Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, in seiner nächsten BFI-Botschaft Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität (z. B. Stipendien, Weiterbildung, Grundkompetenzen, höhere Berufsbildung, Sprachförderung) vorzusehen.</p>	<p>- zu regeln im Obligationenrecht; - finanziert über die Erwerbsersatzordnung.</p> <p><u>18.052</u> (Geschäft des Bundesrats): Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie. Volksinitiative.</p> <p>Die Initiative will dem Bund die Aufgabe übertragen, eine Vaterschaftsversicherung einzurichten. Sie verlangt, dass Väter einen gesetzlichen Anspruch auf einen mindestens vierwöchigen Vaterschaftsurlaub erhalten, der über die Erwerbsersatzordnung (EO) entschädigt würde. Der Einkommensersatz würde wie bei der Mutterschaftsentschädigung 80 Prozent des Einkommens betragen, aber höchstens 196 Franken pro Tag. Ein solcher Urlaub würde schätzungsweise 420 Millionen Franken pro Jahr kosten. Dieser Betrag entspricht einem EO-Beitragsatz von 0,11 Prozent. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Initiative.</p> <p><u>18.444</u> (Parlamentarische Initiative Caroni): Vaterschaftsurlaub. Do it yourself!</p> <p>Artikel 329c OR sei so zu ergänzen, dass ein Arbeitnehmer das Recht erhält, auf Wunsch seine gesetzlichen Ferien (vgl. Art. 329a Abs. 1 OR) innerhalb eines bestimmten Zeitraums um die Geburt seines Kindes herum zu beziehen.</p>
--	---	--



		<p><u>19.3405</u> (Interpellation Noser): Wer schliesst die Lücken im Bereich Kinderrechte?</p> <p>Die primären Rechtsvertretungen für Kinder sind in der Regel die Eltern. Manchmal können die Eltern ihre Verantwortung aber nicht mehr wahrnehmen - sei es wegen Interessenkonflikten im Zusammenhang mit umstrittenen Scheidungen, des Tods der Eltern oder des Entzugs des Sorgerechts. In solchen Situationen ist das Recht der Kinder auf Information und Beratung, auf Gehör und auf Schutz bedroht. Der Bundesrat hat sich bis anhin gegen eine Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche ausgesprochen, die die Kinderrechte schützen könnte. In seiner Antwort auf die Motion 14.3758 verweist er auf eine "Vielzahl von Akteuren", die "Teilaufgaben einer solchen Ombudsstelle" wahrnehmen, und empfiehlt mehr Koordination. Mit verschiedenen Fragen an den Bundesrat weist der Interpellant auf Lücken hin.</p> <p><u>18.321</u> (Standesinitiative Genf): Stopp der Administrativhaft für Kinder!</p> <p>Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG; SR 142.20) dahingehend zu ändern, dass die Administrativhaft für Minderjährige in der Schweiz verboten ist.</p>
--	--	--